



© fotolia

Sorgende Gemeinschaften ermöglichen das selbstbestimmte Wohnen im Alter

Ministerialdirektor Dieter Hackler, Leiter der Abteilung „Ältere Menschen, Wohlfahrtspflege, Engagementpolitik“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Nach der zwölften koordinierten Bevölkerungsprognose des Statistischen Bundesamtes werden bis zum Jahr 2040 knapp ein Drittel der Deutschen 65 Jahre oder älter sein. Viele von ihnen sind auch mit zunehmendem Alter länger aktiv und mobil. Gleichzeitig wächst mit der erfreulich steigenden Lebenserwartung auch der Bedarf an Hilfe und Betreuung. Damit die Menschen bis ins hohe Alter, oder auch bei eingeschränkter Mobilität, trotz Krankheit, Behinderung oder

Pflegebedürftigkeit so lange wie möglich in ihrer vertrauten Umgebung leben können, sind neben einem barriere-reduzierten, technikunterstützten Wohn- und Lebensumfeld sowie professioneller Gesundheits- und Pflegedienste vor allem gute Nachbarschaft und sozialer Zusammenhalt entscheidend.

Leitbild „Sorgende Gemeinschaften“

In einer Gesellschaft, in der Familie und Freunde oft nicht mehr in der Nähe wohnen, braucht es vielfältige Unterstützungs- und Netzwerkstrukturen im direkten Umfeld von Senioren. Unter dem Leitbild der „Sorgenden Gemeinschaften“ zusammengefasst, beschreiben sie Menschen, die

Termine
24./25. Oktober 2013 Hamburg Quartiere der Zukunft – bezahlbar, energieeffizient, durchmisch! Jahrestagung des Deutschen Verbandes
5. November 2013 Leipzig Integrierte Konzepte entwickeln – Modernisierungspotenziale mobilisieren! Tagung zu Energieeffizienz im Wohnquartier
26. November 2013 Berlin 11. BBA-Mietrechtstag Veranstaltung der BBA – Akademie der Immobilienwirtschaft e. V.
3. Dezember 2013 Mainz Versorgungssysteme anpassen – klimaneutrale Techniken und Energien nutzen! Tagung zu Energieeffizienz im Wohnquartier

Ansprechpartnerin
Nadja Ritter n.ritter@deutscher-verband.org

Info

**Geförderte Projekte:**

328; davon 61 Konzepte,
97 Bau- und Investitionsvorhaben,
170 nicht bauliche Umsetzungs-
projekte

Fördervolumen:

7 Millionen Gesamtvolumen.
Einzelne Projekte erhalten eine
Förderung von 10.000 bis maximal
30.000 Euro

Programmlaufzeit:

2013-2017

Gefördert durch:

Bundesministerium für Familie,
Senioren, Frauen und Jugend



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

sich umeinander kümmern, weil sie sich kennen. Dabei geht es in erster Linie um Hilfe bei der Organisation des Alltags. Zum Beispiel Nachbarn, die Besorgungen und Besuche erledigen oder im Haushalt und bei der Gartenarbeit helfen. „Sorgende Gemeinschaften“ brauchen aber auch verlässliche Strukturen und professionelle Partner. Das können Treffpunkte sein oder Einrichtungen und Träger, die Hilfe und Unterstützung organisieren. Vielerorts traditionell und durch bürgerschaftliches Engagement bereits fest verankert, fehlen andernorts bedarfsgerechte Angebote und Strukturen.

Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“

Das vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) gemeinsam mit dem Deutschen Verband aufgelegte Programm „Anlaufstellen für ältere Menschen“ setzt genau hier an. Ziel ist es, Wohnungswirtschaft, soziale Träger und Kommunen dabei zu unterstützen, bestehende Strukturen, Informations- und Beratungsangebote für ältere Menschen sinnvoll zu ergänzen und diese weiterzuentwickeln. Nach dem Durchlaufen des Bewerbungsverfahrens starten nun die ersten der insgesamt mehr als 300 ausgewählten Projekte, die vom Deutschen Verband als Geschäftsstelle des Programms begleitet und betreut werden. Altersgerechte Anpassungsmaßnahmen, Projekte zur Qualifizierung von Ehrenamtlichen, Netzwerkbildung sowie konkrete Begegnungs- und Unterstützungsangebote sind dabei Schwerpunkte. So entstehen im Quartier integrierte Anlaufstellen, die niedrigschwellig gestaltet sind und Hilfe rund um das Wohnen und Leben im Alter geben. Gemeinsame Aktivitäten in der Nachbarschaft werden organisiert, Mobilität, Teilhabe und freiwilliges Engagement gefördert. Dort, wo solche Strukturen fehlen, fördert das Programm die Entwicklung fachübergreifender Handlungskonzepte. Hierfür wurden in Frankfurt am Main und Berlin im September 2013 zwei Workshops durchgeführt, zu denen alle geförderten Konzeptentwickler eingeladen waren. Die jeweils etwa 50 Teilnehmer wurden über Anforderungen und Ansätze im Programm informiert und stellten beispielhaft die Herangehensweisen für ihre zu entwickelnden Konzepte vor.

Stichwort „Komfort“ statt „altengerecht“

Neben Programmen zum Ausbau von Unterstützungs- und Netzwerkstrukturen für ältere Menschen braucht es auch adäquaten Wohnraum. Hierfür gilt es, die Bedürfnisse und Selbstbilder

der Menschen sensibler einzubeziehen – vor allem, wenn es darum geht, die Wohnungsbestände zielgerichtet und bedarfsorientiert anzupassen. Gerade junggebliebene Senioren betrachten die als „altengerecht“ deklarierten Angebote oft mit Skepsis; fühlen sie sich doch zu Unrecht einer bestimmten Zielgruppe zugeordnet. Eine höhere Akzeptanz haben solche Vorhaben, die generell mehr Komfort versprechen – und zwar ganz ohne Suggestion von „Alter“ oder „Pflegebedürftigkeit“ im Sinne eines „design for all“. So könnten barrierearme Wohnungen ohne Schwellen, mit breiteren Türrahmen oder bodengleichen Duschen künftig Standard im Wohnungsneubau und bei Modernisierungen werden. Dieser neue Komfort wird von allen Generationen geschätzt und ist damit altersgerecht im besten Sinne. Bei Bedarf ist durch geringfügige, leicht umsetzbare Änderungen, wie das Anbringen von zusätzlichen Griffen, eine Anpassung an die Bedürfnisse älterer Menschen schnell und praktikabel umsetzbar. Zudem ließen sich auch die Voraussetzungen für ein technikunterstütztes Wohnen frühzeitig integrieren, um die Dienste im Bedarfsfall einfach zu nutzen.

Wohnen im Alter als Querschnittsaufgabe

Fakt ist, Lebensqualität und Zusammenhalt können nur vor Ort gemeinsam gestaltet werden. Integrierte Wohn- und Quartierskonzepte bieten hierfür beste Voraussetzungen. Sie verbinden das Wohnen mit Aspekten altersgerechter Mobilität, Nahversorgung, adäquaten Pflege- und Betreuungsangeboten sowie Gemeinschaftseinrichtungen. Für ein gutes Zusammenwirken vor Ort übernimmt die Kommune eine wichtige, koordinierende Rolle. Unterstützt wird sie dabei von Akteuren der Wohnungs- und Sozialwirtschaft, Wohlfahrtsorganisationen und anderen Trägern. Entscheidend ist aber auch, das enorme Potenzial derjenigen vor Ort zu nutzen, die sich in vielfältiger Weise ehrenamtlich einbringen können und wollen. Sie sind bei der Weiterentwicklung bedarfsgerechter Angebote vor Ort unverzichtbar. In einem gut organisierten Hilfemix, der auf die Mitwirkung zahlreicher Akteure setzt, können nicht nur Ressourcen gebündelt, sondern auch das Engagement vielfältiger privater und öffentlicher Akteure – insbesondere auch unter Mitwirkung der älteren Generation selbst – gestärkt werden. Wohnen im Alter in all seinen Facetten ist also eine Querschnittsaufgabe, die das unermüdliche Engagement aller Beteiligten erfordert.

Wirtschaftsfaktor Immobilien 2013: Gesamtwirtschaftliche Bedeutung der Immobilienwirtschaft

Dr. Jürgen Heyer, Minister a. D., Präsident des Deutschen Verbandes für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung e. V.

Die deutsche Immobilienwirtschaft war ein wesentlicher Stabilitätsanker in der Wirtschafts- und Finanzkrise. Seit 2008 wächst die Branche durchschnittlich um zwei Prozent pro Jahr und hat damit entscheidend zur schnellen Erholung nach dem Konjunkturereinbruch beigetragen. Das in Gebäuden und bebauten Grundstücken gebundene Nettoanlagevermögen hat sich zwischen 2006 und 2011 von neun Billionen auf 10,1 Billionen Euro erhöht. Dies sind zwei zentrale Ergebnisse der Neuauflage des Gutachtens „Wirtschaftsfaktor Immobilien“, das im Auftrag des Deutschen Verbandes und der Gesellschaft für Immobilienwirtschaftliche Forschung e.V. erarbeitet wurde. Inhaltlich und finanziell wirkten unter anderem die Bundesvereinigung der Spitzenverbände der Immobilienwirtschaft (BID), Haus und Grund Deutschland sowie die Bundesgeschäftsstelle der Landesbausparkassen mit. Erarbeitet wurde das Gutachten von einem wissenschaftlichen Konsortium aus dem Institut der deutschen Wirtschaft (IW) Köln, dem Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim und der International Real Estate Business School (IREBS) Regensburg.

Pünktlich zu den Koalitionsverhandlungen macht das Gutachten erneut auf die große Bedeutung der Immobilienwirtschaft für die Wertschöpfung, die wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität sowie die Gesamtgesellschaft deutlich.

Im Jahr 2011 verbuchte die Branche nach der weiten Definition, also inklusive Bauwirtschaft, Immobilienfinanzierung sowie Architekten und Planern, eine Bruttowertschöpfung von 434 Milliarden Euro. Das entspricht 19 Prozent der Gesamtwirtschaft. Und auch in der engeren Abgrenzung, die nur unternehmerisch tätige Vermieter, Vermittler, Verwalter und Immobilienhändler sowie Privatvermieter und Selbstnutzer einbezieht, liegt die Bruttowertschöpfung bei stolzen 264 Milliarden Euro und damit bei zwölf Prozent der Gesamtwirtschaft. 2011 betrug der Umsatz der 286.000 Unternehmen mit insgesamt 215.000 Beschäftigten 152 Milliarden Euro. Zusätzlich erwirtschafteten private Kleinvermieter und Selbstnutzer weitere 47 Milliarden Euro. Damit ist die Immobilienwirtschaft eine der größten

Wirtschaftsbranchen. Die Zahlen verdeutlichen aber auch, dass die Branche sehr kapitalintensiv sowie kleinteilig und heterogen strukturiert ist. Sie reicht von Privatpersonen mit nur einer oder wenigen Wohnungen über Einzelunternehmen mit dem Inhaber als einzigem Beschäftigten bis hin zu gut 350 Großunternehmen mit mehr als 25 Millionen Jahresumsatz. Im Jahr 2006 waren es noch gut 380 Milliarden Euro

Die Immobilientransaktionen waren seit 2008 durch eine hohe Volatilität gekennzeichnet. So erhöhte sich das Transaktionsvolumen im Vorfeld der Finanzkrise auf einen Rekordwert von fast 200 Milliarden Euro, ehe es 2009 auf rund 135 Milliarden Euro zurückging. Mittlerweile haben sich die Transaktionen auf einem Niveau von knapp 170 Milliarden Euro im Jahr 2012 stabilisiert. Gleichzeitig steigen nach gut 15-jähriger Stagnation seit drei bis vier Jahren die Preise und Mieten für Wohnungen vor allem in Metropolen sowie gefragten Groß- und Mittelstädten deutlich an. Dies spiegelt die dortige Angebotsknappheit wider. Eine spekulative Übertreibung ist höchstens für wenige Toplagen in besonders gefragten Stadtteilen zu vermuten. Eine Entwicklung wie im Vorfeld der Finanzkrise in den USA oder in Spanien und Irland ist daher für Deutschland momentan auszuschließen.

Die hohe Stabilität verdankt der deutsche Immobilienmarkt der soliden, langfrist- und sicherheitsorientierten Immobilienfinanzierung. Die Vielfalt an Anbietern – von Sparkassen und Genossenschaftsbanken über Regional-, sonstige Kredit- und Großbanken bis hin zu Bausparkassen, Hypothekenbanken und weiteren Spezialfinanzieren – sichert einen breiten Zugang zur Finanzierung sichert. Zum anderen zeichnet sich die Kreditgestaltung durch lange Zinsbindungen, eine konservative Wertermittlung sowie eine im internationalen Vergleich hohe Eigenkapitalquote aus. Und auch beim anhaltend niedrigen Zinsniveau lässt sich kein Trend zu einer riskanteren Finanzierung erkennen.

Eine große Herausforderung für die Immobilienwirtschaft ist der demographische Wandel. Derzeit sind nur wenige Wohnungen altersgerecht. Weil stationäre Pflegeplätze teurer sind als der Verbleib in der eigenen Wohnung, sollte der Staat über Förderprogramme mehr Anreize für den Umbau des Bestands setzen. Die Wieder-

Ansprechpartner

Christian Huttenloher
c.huttenloher@deutscher-verband.org

Info

Das Gutachten „Wirtschaftsfaktor Immobilien 2013“ ist eine Neuauflage des Gutachtens aus dem Jahr 2009.



Die Einführung des Bundeszuschusses zum KfW-Programm „Altersgerecht Umbauen“ ist dringend geboten. Zudem muss der Bevölkerungsrückgang berücksichtigt werden, von dem manche Regionen bereits heute stark betroffen sind. Die Entwicklung dürften sich in Zukunft verstärken. Die Wohnungsnachfrage insgesamt wird allerdings erst nach 2030 abnehmen. Bis dahin kompensiert der Anstieg der Wohnfläche pro Kopf den Rückgang der Bevölkerung. Die abnehmen-

den Haushalte werden vermutlich zu keinen größeren Preis-Verwerfungen führen, weil Investoren bei der Preisfindung den demografischen Wandel bereits heute berücksichtigen. Trotz teils sinkender Mieten in Schrumpfungsregionen wird es zunehmenden Wohnungsleerstand geben. Das verursacht negative externe Effekte und erhöht die Gefahr der Zersiedelung, wodurch die Infrastrukturkosten pro Kopf weiter steigen.

Ansprechpartner

Michael Färber
m.farber@deutscher-verband.org

 Bundesministerium
für Verkehr, Bau
und Stadtentwicklung

Diskussion um energetische Gebäudesanierung

Deutscher Verband organisiert mit BMVBS Fachreihe „Energieeffizienz im Wohnquartier“

Die energetische Sanierung von Gebäuden verringert den CO₂-Ausstoß deutlich. Die Modernisierung sollte sich jedoch nicht allein auf einzelne Gebäude richten: Denn mit Konzepten, die ganze Quartiere in den Blick nehmen, können durch Synergieeffekte zusätzliche Einsparungen an Kohlendioxid erreicht werden. Entsprechende Maßnahmen sollen dabei nicht nur wirtschaftlich sein, sondern gleichzeitig auch für einkommensschwache Haushalte bezahlbar bleiben. Wie aber können dort die oft widerstreitenden Aspekte wie CO₂-Einsparung, Umweltschutz, Wirtschaftlichkeit, Sozialverträglichkeit und städtebauliche Qualitäten unter einen Hut gebracht werden? Das soll bei der Fachreihe „Energieeffizienz im Wohnquartier“ diskutiert werden, die das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (BMVBS) zusammen mit dem Deutschen Verband im Winter 2013 durchführt.

Auf zwei regionalen Veranstaltungen in Leipzig und Mainz werden Lösungsmodelle vorgestellt, die zu einer breiteren Umsetzung der energetischen Quartierserneuerung vor Ort beitragen können. Rahmenbedingungen, Wechselwirkungen und Interessengegensätze werden erörtert, um daraus auch Vorschläge für die Anpassung bestehender Regelungen und Förderinstrumente zu erarbeiten. Hintergrund der Reihe ist das vom BMVBS bei der KfW aufgelegte Programm „Energetische Stadtsanierung“. Damit fördert das BMVBS seit Ende 2011 integrierte energetische Quartierskonzepte und deren Umsetzung durch einen Sanierungsmanager.

Bei den regionalen Fachtagungen stehen vor allem praktische Umsetzungsprobleme bei der energetischen Sanierung im Quartier zur Diskussion. Diese ergeben sich oft aus der Zusammen-

setzung der Akteure. Denn Gebäudeeigentümer, Energieversorger und Kommunen verfolgen nicht immer gleiche Interessen. Auch Finanzierungsmöglichkeiten und die Wirtschaftlichkeit der Maßnahmen sind ein großes Hemmnis. Gerade Privatvermieter und Selbstnutzer, die drei Viertel aller Wohnungen besitzen, sind mit der energetischen Sanierung oft überfordert. Ein Schlüssel dafür sind zielgerichtete Beratungsinitiativen. Für den energetischen Umbau ist es auch notwendig, die Netzinfrastrukturen anzupassen. Dafür müssen neue Leitungen über Straßen und Privatgrundstücke verlegt werden. Dabei eventuell auftretende rechtliche Hemmnisse sollen ebenfalls in den Veranstaltungen erörtert.

Auch wenn integrierte energetische Quartiersansätze wichtige Impulse für die Modernisierung leisten, hat die Förderung von Einzelmaßnahmen nach wie vor einen hohen Stellenwert, um diese über die Wirtschaftlichkeitsgrenze zu bringen. Somit ist ein sich ergänzendes Nebeneinander von Einzel- und Quartierslösungen zwingend notwendig. Und auch verschiedene Maßnahmen müssen technisch und zeitlich abgestimmt werden, um eine größtmögliche Wirkung von Investitionen zu erreichen. Nicht zuletzt stellt sich schließlich Eigentümern, Mietern und Energieversorgern die Frage, wer welchen finanziellen Beitrag zu den Investitionen und laufenden Kosten leistet und wie Kosten und Einsparungen verteilt werden.

Bei den beiden regionalen Fachtagungen reflektieren Experten aus Wissenschaft, Kommunen sowie von Verbänden der Wohnungs- und Energiewirtschaft die aktuelle Situation und beleuchten Herausforderungen aus ihren Quartieren.



© Stadt Jelgava



© Ursula Flecken,
Planergemeinschaft Kohlbrenner

Info

Weitere Informationen zu den beiden regionalen Fachtagungen in Leipzig und Mainz finden Sie auf der ersten Seite des DV aktuell unter „Termine“ sowie unter:
www.deutscher-verband.org.

Referenzrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung

Web-basiertes Instrument bietet Kommunen Unterstützung bei der Planung und Evaluierung integrierter Stadtentwicklungsvorhaben

Inwieweit sollen und können kommunale Prozesse zur nachhaltigen Stadtentwicklung vereinheitlicht werden? Wo hört Gleichmacherei auf, wo fängt Unterstützung an? Diese Diskussion hat sich an der „Initiative zur nachhaltigen Entwicklung in Kommunen“ entzündet. Diese wurde von der Internationalen Organisation für Normung ins Leben gerufen und zielt auf eine Standardisierung von Verfahren ab. Kritiker der Initiative verweisen auf das Recht der kommunalen Selbstverwaltung und lehnen eine Normierung ab. Eine weniger reglementierte Art und Weise, die Kommunen bei ihren Aufgaben zu unterstützen, könnte der „Referenzrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung“ (RFSC) bieten, der nach einer zweijährigen Testphase seit Anfang 2013 allen europäischen Städten als kostenfreies Instrument zur Überprüfung von Stadtentwicklungsvorhaben zur Verfügung steht.

Der RFSC („Reference Framework for Sustainable Cities“) ist ein interaktives und internet-basiertes Instrument, das Städten wertvolle Unterstützung bei der Planung und Umsetzung integrierter Stadtentwicklungsvorhaben bieten kann. Er dient der Umsetzung der „Leipzig Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ und der Verbreitung integrierter Stadtentwicklungsansätze in Europa. Der RFSC wurde 2008 unter französischer Ratspräsidentschaft auf den Weg gebracht und wird nun als gemeinsame Initiative der EU-Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und europäischer Vereinigungen lokaler Behörden umgesetzt.

Der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, der GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, die Bundesarchitektenkammer, die Bundesingenieurkammer, der Bund Deutscher Architekten sowie die Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung werben für die Unterstützung des Referenzrahmens. Damit verleihen sie auch ihrer Kritik an der „Initiative zur nachhaltigen Entwicklung in Kommunen“ mehr Ausdruck, gegen die sie sich in einem gemeinsamen Schreiben deutlich aussprechen. Die Initiative der Internationalen Organisation für Normung sieht einheitliche Standards zur Regulierung der kommunalen Selbstverwaltung vor. Die Verbände aber lehnen eine Normung qualitativer, gesellschaftlicher und sozialer Werte ab. Diese seien unvereinbar mit der UN-HABITAT Charta und der europäischen

Charta der kommunalen Selbstverwaltung. Anders der Referenzrahmen für nachhaltige Stadtentwicklung: Er gibt städtischen Akteuren ein Instrument an die Hand, mit dem sie mittels einer Checkliste nachhaltige Stadtentwicklungsstrategien entwickeln bzw. bereits bestehende Strategien auf einen integrierten Ansatz hin überprüfen können. Dabei kann jede Stadt selbst entscheiden, inwieweit eingegebene Daten und Projekte von anderen sichtbar sein sollen und in welcher Tiefe das Instrument genutzt wird. Dem Referenzrahmen liegen vier Themen zu Grunde:

- WIRTSCHAFT: Stärkung der wirtschaftlichen Attraktivität einer Stadt
- SOZIALES: Schaffung lebenswerter Stadtquartiere
- UMWELT: Umgang mit den Auswirkungen des Klimawandels
- GOVERNANCE: Förderung einer aktiven Beteiligung von Bürgern und Akteuren

Der Referenzrahmen bietet auch Hilfestellung beim Monitoring des Fortschritts von Projekten und Strategien. Hierfür sind zu den genannten vier Säulen nachhaltiger Stadtentwicklung über dreihundert Indikatoren hinterlegt, die zur Bewertung herangezogen werden können. Der RFSC ist also ein individuell einsetzbares, lernfähiges Instrument, dem eine Menge Recherchearbeit zu Grunde liegt.

Darüber hinaus fördert der RFSC den Austausch von Fallbeispielen mit anderen europäischen Städten. Seit Anfang des Jahres können Städte mit Hilfe des Referenzrahmens ihre Entwicklungsvorhaben auf Nachhaltigkeit prüfen. Eine Registrierung als RFSC-Stadt ist dabei mit keinerlei Verpflichtungen verbunden.

Der Deutsche Verband hat sich selbst in einer Kommission intensiv mit der Zertifizierung von Stadtteilen befasst und 2009 einen einschlägigen Bericht dazu veröffentlicht, der sich kritisch mit einer Normierung von Stadtentwicklungsprozessen auseinandersetzt. Als Koordinator des Deutsch-Österreichischen URBAN-Netzwerkes hat der Deutsche Verband seine Netzwerkmitglieder und weitere Städte regelmäßig über den Referenzrahmen zur Nachhaltigen Stadtentwicklung informiert. Am 27. September 2013 fand zudem im Rahmen der URBAN-Netzwerktagung dazu in Dortmund ein Trainingsseminar statt.

Ansprechpartnerin

Barbara Bühler
b.buehler@deutscher-verband.org



Info

Im Rahmen der diesjährigen Open Days in Brüssel fand am 9. Oktober die RFSC Konferenz 2013 unter dem Titel „Hin zu einem Europäischen Modell der nachhaltigen Stadt“ statt. Weitere Informationen zur Veranstaltung und dem Referenzrahmen finden Sie unter www.rfsc.eu.

Ansprechpartner

Christoph Pienkoß
c.pienkoss@deutscher-verband.org



„SusFreight“ – ein Beitrag zum nachhaltigen Güterverkehr in den Alpen

Deutscher Verband entwickelt und koordiniert neues EU-Projekt im Alpenraum

Die Alpen sind der natürliche Flaschenhals Europas für den stetig wachsenden Verkehr in Nord-Süd-Richtung. Insbesondere die Überlastung der Straßen durch den Güterverkehr hat enorme Auswirkungen auf Mensch, Umwelt und Wirtschaft und erfordert langfristiges Handeln. Neben Ausbauten der Infrastruktur, etwa des Brenner-Basis- und Gotthard-Tunnels, gibt es viele weitere Möglichkeiten, den Güterverkehr nachhaltiger zu gestalten - auch weniger kostenintensive Maßnahmen gehören dazu. Die Alpenländer und -anrainer und die europäischen Institutionen wissen um diese Herausforderungen. Daher ist geplant, unter anderem im Rahmen des künftigen Programms „Transnationale Zusammenarbeit“ 2014 bis 2020 im Alpenraum gezielte Maßnahmen für den alpenquerenden Verkehr zu fördern.

Vor diesem Hintergrund haben sich im Rahmen des im Juli 2013 genehmigten Alpenraum-Projektes „SusFreight“ sechs Institutionen zum Ziel gesetzt, entsprechendes Wissen vergangener Pro-

jekte zu bündeln und Handlungsempfehlungen daraus abzuleiten. Diese richten sich nicht nur an das künftige Alpenraum-Programm. Auch auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene soll für die Berücksichtigung der Besonderheiten des Alpenraums geworben werden. In diesem Sinne beabsichtigt das Projektkonsortium auch die Vernetzung mit weiteren Alpenraum-Institutionen und -Akteuren. Im Ergebnis soll bei Entscheidungen mit Verkehrsrelevanz in dieser bzw. in den damit verflochtenen Regionen dem Bedarf nach mehr Nachhaltigkeit im Güterverkehr Rechnung getragen werden.

Der Deutsche Verband hat das Projekt entwickelt und wird es als eines der letzten Projekte der laufenden Förderperiode federführend koordinieren. Das Projekt steht somit an der Schnittstelle zwischen dem „alten“ und „neuen“ Operationellen Programm des Alpenraums, das noch in Erarbeitung ist. Das Projekt hat eine Laufzeit bis November 2014.

Ansprechpartnerin

Barbara Bühler
b.buehler@deutscher-verband.org



Städte in Aktion – Programm URBACT bringt Akteure der Stadtentwicklung an einen Tisch

Über 300 Teilnehmer bei der URBACT Summer University in Dublin

Das EU-Programm URBACT fördert Netzwerke und Arbeitsgruppen zum Erfahrungsaustausch zwischen Städten. Dieser stand auch im Mittelpunkt der diesjährigen internationalen „Summer University“ des URBACT Programmes. Diesmal war die irische Stadt Dublin Gastgeber der viertägigen Veranstaltung, zu der Ende August über 300 Teilnehmer aus 130 URBACT-Städten und 26 europäischen Ländern zusammenkamen. Ziel der Veranstaltung im historischen Dubliner Trinity College war es, den neuen städtischen Akteuren aus dem dritten URBACT-Aufruf Einblick in die Methodik des Programms zu geben. Die grundlegenden Elemente integrierter, nachhaltiger Stadtentwicklung sollten vermittelt und der europaweite Dialog gefördert werden.

hohen CO₂-Emissionen, einer schwachen Unternehmenskultur und einer hohen Jugendarbeitslosigkeit, sowie fehlender Innovation konfrontiert.

In der Förderperiode 2014–2020 geht auch das europäische Programm für nachhaltige Stadtentwicklung URBACT in eine neue Programmphase über. Ende dieses Jahres will das URBACT Sekretariat einen Vorschlag für das neue Operationelle Programm bei der Europäischen Kommission einreichen. Mit einem ersten Projektauftrag im Rahmen von URBACT III ist jedoch vermutlich nicht vor Ende des Jahres 2014 zu rechnen. Einstweilen ist das Programm URBACT II noch in vollem Gange. Die 15 Netzwerke aus dem dritten Projektauftrag haben erst zu Beginn des Jahres mit der Umsetzung Ihrer Projekte begonnen. Aktuell sind elf deutsche Städte als Projektpartner an laufenden URBACT-Netzwerken beteiligt.



Die URBACT Summer University in Dublin
© URBACT

Info

Weitere Informationen:
www.urbact.eu oder
www.deutscher-verband.org,
Unterpunkt „URBACT“

In Gruppen erarbeiteten Teilnehmer innovativer Ideen und Lösungsansätze für die fiktive Stadt „Allium“. Diese steht einer einseitigen Nutzung der historischen Innenstadt gegenüber und ist mit

Kunst und Kultur als Faktoren der Stadterneuerung

Abschluss des Projektes „Second Chance“

Aus wirtschaftlichem Niedergang und dem Wandel weg von großen Industriebetrieben hin zur Dienstleistungsgesellschaft kann auch viel Positives entstehen, wenn Kommunen Branchen eine „zweite Chance“ geben. Dass insbesondere Kunst und Kultur dabei als Innovationsmotoren für die Stadtentwicklung fungieren können, hat das EU-Projekt „Second Chance“ beispielhaft gezeigt. Die fünf Partnerstädte Nürnberg, Leipzig, Venedig, Krakau und Ljubljana haben in den vergangenen drei Jahren mit unterschiedlichen Ansätzen denkmalgeschützte Industriebrachen wie z. B. das AEG-Gelände in Nürnberg zu neuem Leben erweckt, indem sie deren kulturelles Potenzial ausgenutzt haben. Heute sind die Gebäude Ausstellungs- und Veranstaltungsräume oder geben Raum für internationale Künstler-Austauschprogramme. Hat erst eine gewisse Belebung stattgefunden, siedeln sich oft auch andere Nutzer an. Somit wird im besten Fall ein dynamischer Prozess angestoßen, der zur Aufwertung ganzer Stadtteile führen kann. Warum aber hat ausgerechnet Kultur einen solchen Einfluss auf die Stadterneuerung? Und wird das „Kreativitätsfieber“ weiter anhalten? Diese Fragen diskutierten Fachleute, Wissenschaftler und Projektakteure auf der Abschlusskonferenz im Juni 2013.

Die Kulturreferentinnen der fünf Partnerstädte eröffneten die Konferenz auf dem AEG-Gelände der im Projekt federführenden Stadt Nürnberg. In den Grußworten wurde deutlich, dass die Teilnahme in allen Städten positive Auswirkungen hatte. Mateja Demšic von der Stadt Ljubljana verwies allerdings darauf, dass ihre ursprüngliche Strategie komplett neu ausgerichtet werden musste, da es Ljubljana angesichts der eingebrochenen Wirtschaftskrise an Geld fehlte. „In Zeiten wie diesen ist es schwierig, kulturelle Projekte umzusetzen“, stellte sie fest und verdeutlichte damit die Hürden, mit denen die Kreativwirtschaft noch immer zu kämpfen hat.

Nach der Einführung lenkte der Forscher für Raumsoziologie Dr. Matjaž Uršič von der Universität Ljubljana den Blick auf die Bedeutung von immateriellen kulturellen Elementen für die Stadterneuerung, die im Gegensatz zu materiellen Faktoren oft vernachlässigt würden. Zu Unrecht: So sei z. B. der „New-Orleans-Jazz“ aus Louisiana längst zu einem erhebliche Image-

und Identitätsfaktor für die Stadt avanciert. Auch in seiner Heimatstadt Ljubljana würden „subkulturelle Aktivitäten“ als unwichtig betrachtet, obwohl sie viele Menschen anzögen. Er forderte deshalb mehr Beachtung für solche Elemente der Kultur und betonte, dass Stadterneuerung immer auch soziale Integration beinhalten müsste um negative Folgen wie die Gentrifizierung einzudämmen.

Dr. Klaus Kunzmann, Professor emeritus der TU Dortmund erklärte das „kreative Fieber“ gar für beendet. Sei Kreativität in den vergangenen Jahren der ultimative Imagefaktor für Städte gewesen, so könne man nun einen Trend zur Entschleunigung erkennen. Die Menschen reagierten auf immer neuere und schnellere Technologien mit einer steigenden Vorliebe für Wellness, Landleben, regionales Bio-Essen oder Radfahren. Dies zeige sich an Bewegungen wie dem „Città Slow“ aus Italien. Auch die Kreativwirtschaft profitierte von der „langsamen Gesellschaft“: Die Menschen hätten mehr Zeit für Kultur und kreative Zusammenarbeit. Zudem würde regionalen Produkten wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Birgitta Persson, Generalsekretärin des Netzwerkes „Trans European Halles“, das in ganz Europa vernachlässigte Orte als „Bottom-up“-Projekte unter Engagement der Zivilbevölkerung aufbaut und revitalisiert, legte dar, welche essentielle Rolle dabei die aktive Beteiligung der Anwohner spielt. „Kultur befähigt die Menschen, sich zu engagieren und ihre lokale Situation zu ändern. Es gibt ihnen ein Gefühl der Kontrolle über ihr Leben“, so die Schwedin. „Die Leute sind zufrieden, weil sie wissen: ‚Wir haben das gebaut, das ist unseres‘. Das ist nachhaltiges und langfristiges Denken!“

Auf die Nachhaltigkeit des Projektes „Second Chance“ schließlich wies Bertram Schulze zum Ende der Veranstaltung hin. Darunter verstehe er nicht allein die greifbaren Ergebnisse, die durch die Pilotinvestitionen entstanden seien, so der Geschäftsführer der Leipziger Baumwollspinnerei und Entwickler der ehemaligen AEG Fabrik Nürnberg. „Es gibt auch Dinge, die bleiben, und die man nicht sehen kann, wie die transnationalen Beziehungen und Freundschaften zwischen den Partnern.“

Ansprechpartnerin

Heike Mages
h. mages@deutscher-verband.org



Info

Weitere Informationen zu „Second Chance“ sowie zu den Projektergebnissen und der Abschlusskonferenz finden Sie unter www.secondchanceproject.eu.

IMPRESSUM

Deutscher Verband für Wohnungswesen,
Städtebau und Raumordnung e. V.

Littenstraße 10 | 10179 Berlin
Tel. +49 (0)30 20613250
Fax+49 (0)30 20613251
info@deutscher-verband.org
www.deutscher-verband.org

Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

In eigener Sache



Jahresbericht 2012 veröffentlicht

Egal ob Schwerpunktthemen, Aufgabenstrukturen, Mitglieder, Arbeitsgruppen oder Veranstaltungen – der Jahresbericht des Deutschen Verbandes stellt den Verband in seiner Ausrichtung und Arbeitsweise vor und berichtet über alle relevanten Projekte, Initiativen, Veröffentlichungen, Studien, Arbeitskreise, Netzwerktreffen und Fachkonferenzen des vergangenen Jahres.

Die Online-Version finden Sie unter dem Schwerpunkt „Veröffentlichungen“ auf www.deutscher-verband.org. Wenn Sie eine gedruckte Version beziehen möchten, wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsstelle

In eigener Sache



Betriebsausflug nach Brandenburg an der Havel

Auch beim Betriebsausflug des Deutschen Verbandes am 3. September 2013 war Stadtentwicklung das Thema Nummer 1. In Brandenburg an der Havel führte Thomas Lenz vom Amt für Stadtansanierung und Denkmalschutz das Team des DV durch seine Stadt. Im Mittelpunkt des Rundganges standen interessante Initiati-

ven der Stadtentwicklung, EU-geförderte Maßnahmen und das Zukunftsprojekt BUGA 2015. Nach einer Besichtigung des Brandenburger Domes stand dann am Nachmittag für die wasseraffinen Kollegen noch eine Kanu-Tour auf der Havel rund um die Stadt auf dem Programm.

Neue Mitglieder

- Jens Kuderer, Rechtsanwalt
- Planergemeinschaft Kohlbreuner e.G., vertreten durch Dr. Ing. Ursula Flecken



Wir heißen unsere neuen Mitglieder
Herzlich Willkommen
und wünschen eine gute Zusammenarbeit!